

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.00 Uhr
Ende: 14.05 Uhr

1) Variobahn/bauliche Maßnahmen zur Lärmreduktion

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsreferenten und -referentinnen, liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Die vieldiskutierte Variobahn, wir wissen, dass sie für die Stadt Graz an und für sich nicht geeignet ist, weil unsere Schienen und unsere Straßen baulich solch schwere Bahnen überhaupt nicht tragen und aushalten können auf Dauer. Fahrbahnschäden sind die Folge. Wenn ich denke, bei der Reiterkaserne, die Reiterkaserne selbst weist ganz schlimme Fahrbahnschäden auf. Am Jakominiplatz die Gleise, ständig müssen in den Nachtstunden diese Gleise repariert werden, es ist ein hoher Lärmaufwand, der tagtäglich diese Menschen betrifft, auch durch überhöhte Geschwindigkeiten. Die Menschen sind irgendwo, die an diesen Gleiskörpern wohnhaft sind, sind irgendwo am Ende und sehen sich irgendwo nicht mehr raus, sie sind gesundheitlich beeinträchtigt, weil diese Erschütterungen wirklich an die Grenzen gehen. Ich war selbst in zwei Wohnungen und habe das miterlebt, also wenn so eine Variobahn vorbeifährt, glaubt man, das Küchenkastel oder die Gläser fallen einem entgegen und so kann das irgendwo nicht sein. Wir wissen, dass wir die Variobahnen nicht wegzaubern können, wir wissen, dass wir aus den Verträgen nicht aussteigen können, aber was wir können ist, dass eben eine Bodensanierung gemacht wird und da frage ich Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Inwieweit Sie bereit sind und inwieweit Ihr Plan ist, dass diese Bodensanierungen durchgeführt werden, weil wie Messungen ergeben haben, wenn diese Schäden

behooben werden und die Straßenbahnen langsamer fahren würden beziehungsweise wenn Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, würde das um einiges weniger an Lärm und gesundheitlicher Belastung, also würde das weniger sein (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Kollegin, das ist ein Thema, das uns ja schon länger begleitet und beschäftigt. Es gibt natürlich immer sehr subjektive auch Empfindungen bei all diesen Themenstellungen, aber ganz konkret zur Beantwortung auch, die ich seitens der Holding bekommen habe. Laut Auskunft der Holding halten im Allgemeinen die Gleiskörper sehr wohl den Belastungen des Straßenverkehrs oder des Straßenbahnverkehrs stand. Erschütterungen, die vom Straßenbahnverkehr ausgehen, führen auch nicht zu einer vorzeitigen Schädigung des Fahrbahnbelages. Hierfür ist in erster Linie der Schwerverkehr durch Lkw und Busse verantwortlich. Im Bereich der Reiterkaserne wurden die Belastungen der Anrainer durch betriebliche Maßnahmen, wie Sicherheitsabstand beziehungsweise Geschwindigkeitsbeschränkungen minimiert und aus heutiger Sicht wird eine bautechnische Verbesserung, also Neubau der Weichenanlage konkret, frühestens 2018 erfolgen können. Der Fahrbahnbelag in diesem Bereich ist derzeit in einem guten Zustand und erfordert keine Sanierungsmaßnahmen. Grundsätzlich merken die Graz Linien an, dass sie ihr höchstes Augenmerk auf die Pflege der Infrastruktur richten und bei Sanierungsarbeiten alle Möglichkeiten, also alle, auch technisch neue Möglichkeiten, ausloten, um weitere Verbesserungen zu erzielen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Lieber Herr Stadtrat! Ich lasse Ihnen Bilder zukommen, die sind nicht allzu alt, wo sehr wohl schlimme Fahrbahnschäden im Bereich der Reiterkaserne sind.

Aber Sie sind auch nicht jetzt auf meine Frage, was Geschwindigkeitskontrollen anbelangt, eingegangen. In der Theodor-Körner-Straße wird in den Nachtstunden und in den frühen Morgenstunden mit überhöhter Geschwindigkeit durchgefahren. Es rattert, es prellt, man kann nicht schlafen, die Menschen dort sind in ständiger ärztlicher Kontrolle schon, weil sie diesen Lärm nicht mehr aushalten. Und ich finde, dass die Gesundheit dieser Bewohner vorrangig sein soll und ich würde Sie bitten, dass Sie auch betreffend Geschwindigkeit mir da noch eine Antwort geben könnten (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich habe heute das Gespräch gehabt mit Frau Vorstandsdirektorin Muhr und mit technischen Mitarbeitern der Holding, die mir eben auch versichert haben, dass sie dem nachgehen werden, auch was die Geschwindigkeit anbelangt. Ich darf auch nur dazu- oder hinzufügen, was alles getan worden ist. Es sind mittlerweile eine Million Euro für Gutachten ausgegeben worden, also auch da hier Steuergeld, das sind vier Maßnahmenpakete geschnürt worden inklusive Radveränderungen, also es werden alle technischen Möglichkeiten, die zur Verbesserung beitragen, ausgelotet und die haben auch alle zu Verbesserungen beigetragen. Es werden immerhin 300.000 Personen pro Tag befördert mit diesen Straßenbahnen, also die Notwendigkeit ist gegeben. Auch noch als Ergänzung vielleicht, 45 Straßenbahnen dieses Typusses werden hier fahren, 44 sind jetzt und selbstverständlich wird alles begleitet, was möglich ist und alles verändert, was den technischen Stand betrifft. Wir werden sicherlich nicht in ganz Graz eine völlig freie Zone bekommen, wo es keine Erschütterungen gibt, es geht schon aufgrund des Untergrundes nicht. Also es ist in Graz sehr unterschiedlich, wo in welchen Bezirken hier Vibrationen entstehen, also man wird das sicher nie, und der Illusion darf man sich nicht hingeben, gänzlich wegbekommen. Die Holding macht alles, was sie tun kann und wir haben heute eh noch eine zweite Anfrage, wo eben auch diese gesundheitlichen

Themenstellungen befragt werden. Da gibt es heute zwar noch nicht die Antwort, aber ich möchte die nicht vorwegnehmen, die werden natürlich nachgereicht werden.

2) „Phänomen“ der Inländerdiskriminierung

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA, folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat! Jüngsten Pressemeldungen zufolge ist die Inländerdiskriminierung, ein sogenanntes „Phänomen“, auch in Ihrer politischen Wirkungssphäre angekommen. Ohne nun den Ergebnissen Ihrer angekündigten Nachforschungen vorgreifen zu wollen, erscheint es dem freiheitlichen Gemeinderatsklub jedenfalls als zwingende Voraussetzung, dass eine möglichst unbeeinflusste und somit objektivierete Darstellung der tatsächlichen Problemfelder gewährleistet wird. Bisherige Erfahrungen haben jedenfalls gezeigt, dass dies in hierarchischen Systemen – wie im öffentlichen Dienst – nicht immer der Fall ist.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wie werden Sie im Rahmen Ihrer politischen Zuständigkeit gewährleisten, dass die von Ihnen angekündigte Problemerkennung möglichst objektiv und ohne Beeinflussung übergeordneter Dienststellen durchgeführt wird (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Danke für die Anfrage. Dass diskriminierendes Verhalten Gift für das gesellschaftliche Miteinander ist, das ist klar. Dass ich als Bildungsstadtrat ganz genau im Bildungsbereich hinschauen möchte, das ist für mich selbstverständlich im Kinderbildung- und –betreuungsbereich, aber auch in der Schule. Wir haben hier zwei Schwerpunkte, was können wir in der Prävention tun, dass es gar nicht zur Diskriminierung kommt und was können wir tun, wenn sich jemand, zumindest einmal subjektiv, diskriminiert fühlt? Bei der Prävention investieren wir sehr, sehr viel Geld, wir haben die Integrationsassistenten, die bereits im Kindergarten ansetzt, wir haben die Schulsozialarbeit, die haben wir aufgestockt von 8,5 auf 10 Vollzeitstellen und wir haben das Projekt „Wir sind Graz“ das wirklich auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet wurde. Was können wir tun, wenn eine subjektive Diskriminierung wahrgenommen wurde? Wir haben die Antidiskriminierungsstelle, da kann man sich hinwenden, egal, ob das jetzt eine Inländerdiskriminierung betrifft oder eine Diskriminierung von zugewanderten Personen, das steht allen Menschen frei. Was das Phänomen der Inländerdiskriminierung betrifft, da hatte ich gestern ein Gespräch mit der Antidiskriminierungsstelle, es gibt Fälle, wir haben einen Aufruf gestartet, damit wir diese Diskussion weg vom Wirtshaustisch bekommen. Weil ich kann jetzt nicht sagen, wie oft das wirklich stattfindet, ich möchte, wenn eine Diskriminierung vorhanden ist, möchte ich, dass Schritte eingeleitet werden und wenn auch Inländer hier einer Diskriminierung ausgesetzt sind, dann soll auch die Antidiskriminierungsstelle zur Verfügung stehen, dass auch ein Schlichtungsweg eingeschlagen werden kann und das stellen wir jetzt bereit. Ich habe auch vereinbart vorgestern, dass wir alle Direktoren Schulen und alle Kindergartenleiterinnen, also das beantwortet vielleicht auch Ihre Frage, wie wir das sicherstellen können mit der Hierarchie. Ich bin für den Bildungsbereich zuständig, Sie wissen, dass ich für den Kinderbildungsbereich in Kinderkrippen- und in Kindergartenbereich direkt zuständig bin. Im Schulbereich können wir an die Direktoren herantreten. Das werde ich gerne wahrnehmen, das

werden wir im Februar, März nächsten Jahres durchführen diese Seminare und ich glaube, dass man so auch Ihr Anliegen sicherstellen kann (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Das soll ein sogenanntes Phänomen sein, Phänomen ist für mich ein ungewöhnliches Vorkommen, es wäre schön, wenn es auch ein ungewöhnliches seltenes Vorkommen wäre. Das ist es aber leider nicht, deshalb muss ich sagen, ich habe mit Lehrern von fünf verschiedenen Schulen in Graz gesprochen und diese Diskriminierung gibt es wirklich oft. Aber die Lehrer sind nicht mehr bereit, sich an den Landesschulrat zu wenden oder an sonst irgendjemanden, haben sie mir mitgeteilt, weil nichts passiert. Wenn zum Beispiel im verpflichtenden Schwimmunterricht sich die Eltern das nicht sagen lassen, dass die Töchter schwimmen kommen sollen und diese Bestätigung, dass sie schwimmen können, dann nicht erbracht wird, das an den Landesschulrat herangetragen wird, dann passiert nichts. Das ist auch eine Art von Diskriminierung, aber von oben herab und das macht es den Lehrern natürlich viel schwerer, ihren Unterricht zu gestalten. Zusätzlich muss man noch sagen, haben mir Lehrer gesagt, wenn sie einen Elternabend abhalten wollen, dann ist es sehr schwer, einen Englisch-Dolmetscher zu bekommen und selbst wenn ein Englisch-Dolmetscher da ist, verstehen nicht alle Eltern....

Zwischenruf GR. Rajakovics: Zusatzfrage.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**. Meine Frage kommt noch, meine Zusatzfrage kommt noch, danke für die Korrektur. Ein Englisch-Dolmetscher ist sehr schwer zu bekommen und wenn,

dann müsste er eh sowieso in 20 verschiedene Sprachen übersetzen, so haben es mir die Lehrer gesagt, weil sonst versteht das nicht ein jeder und so kommen natürlich Missverständnisse zustande und das fördert auch Diskriminierung. Deshalb frage ich dich, Herr Stadtrat, mit deiner Maßnahme willst du wirklich etwas verbessern und wenn ja, was willst du bewirken oder willst du damit einfach nur ausdrücken, es ist eh alles gut (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also erstens möchte ich richtigstellen, es stimmt einfach überhaupt nicht, dass ein Dolmetscher nicht bestellbar ist. Wir haben den Dolmetsch-Pool und Schulen können auch darüber hinaus beim Land eine Dolmetscherin beantragen, also das stimmt nicht. Woher du das hast, ich meine, bitte, wenn eine Klasse einen Elternabend hat, einen Dolmetscher braucht, bitte, wenn es nicht über den direkten Weg geht, wenn du deine Anfrage, erst wende dich an mein Büro, wir werden es sofort sicherstellen. Der Dolmetsch-Pool da investieren wir, ursprünglich waren es 8.000 Euro, leider ist es jetzt eh ziemlich explodiert, 80.000 Euro geben wir für den Dolmetsch-Pool aus und da schauen wir auch, dass man die GKK jetzt mit ins Boot bekommen, dass die miteinbezahlen, weil sehr viele Dolmetschungen auch im Gesundheitsbereich stattfinden. Aber jetzt zu deiner eigentlichen Frage, warum ich das mache. Du hast es eigentlich selbst beantwortet, liebe Frau Gemeinderätin, du hast gesagt, es ist ein Phänomen. Du machst genau das, was nicht zielführend ist, du sagst, es gibt so viele Fälle, kannst aber die Fälle nicht festmachen und ich möchte auch deiner Angst nachkommen, ich sage, weg vom Wirtshaustisch, machen wir den PädagogInnen ein Angebot, alle, die sich diskriminiert fühlen, nämlich subjektiv diskriminiert fühlen, die können sich an uns wenden beziehungsweise an die Antidiskriminierungsstelle, das ist die von uns legitimierte Stelle und jeder Fall wird behandelt und wenn wirklich eine Diskriminierung da ist, dann gibt es auch ein Schlichtungsverfahren und du hast gefragt, was ich verbessern möchte. Ich möchte

einfach a) schauen, gibt es wirklich so viele Diskriminierung in diese Richtung, wie die FPÖ behauptet und b) wenn es welche gibt, möchte ich diesen Menschen helfen, das ist mein Anliegen. Aber so wie du das da präsentierst, das ist überhaupt nicht zielführend, das ist wieder genau die Richtung, die die FPÖ einschlägt, die uns nicht weiterbringt (*Applaus ÖVP*).

3) Verkaufszahlen Dauerkartenangebote Holding Graz Linien

GR. **Dreisiebner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! An dem Beispiel meiner Frage sieht man, wie wichtig es für uns alle ist, in der Früh die Zeitungen zu lesen. Die Frage wurde ja zu einem gewissen Teil schon über die Medien beantwortet oder teilbeantwortet. Nur muss ich dazu erwähnen, und darin sind die jüngsten und aktuellen Zahlen an Jahreskarten Graz 228-Euro-Variante, die wir mit dem Doppelbudget beschlossen haben und die zusätzlichen Zahlen für die Jahreskarte um 399 Euro dargestellt. Es ist auch dargestellt, dass eine sehr starke Steigerung, eine Verdreifachung der JahreskartenbesitzerInnen da ist und das habe ich am Dienstag als Frage eigentlich abgegeben. Ich stelle sie einfach an dich, lieber Herr Gerhard Rüsch: Wie haben sich seit Einführung der Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer zum Preis von € 228,- seit Jänner 2015 die Verkaufszahlen bei den gängigen Dauerkartenangeboten, das heißt Jahreskarten alt um derzeit noch € 399,-, Halbjahreskarten, Monatskarten, Wochenkarten, in den ersten 3 Quartalen dieses Jahres im Verhältnis zu den Vergleichsquartalen der drei vergangenen Jahre, also beginnend mit dem Jahr 2012, entwickelt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dankeschön für die Frage. Gibt mir die Möglichkeit, um die Erfolgsgeschichte der reduzierten Jahreskarte etwas näher zu beleuchten, ich habe hier einige Tabellen, die kann ich dir dann gerne zur Verfügung stellen. Hier lese ich nur die wichtigsten Zahlen vor. Wir haben bis zum Ende des dritten Quartals insgesamt knapp 29.000 Jahreskarten verkauft. Das ist im Vergleich zum ersten bis dritten Quartal 2014 eine knappe Verdreifachung, wir hatten im selben Zeitraum 2014 10.000 Jahreskarten verkauft und jetzt eben knapp 29.000. Selbstverständlich hat es Rückgänge gegeben bei den Monatskarten und bei den Wochenkarten, trotzdem ist aus diesem hohen Anstieg, aus diesem nicht erwarteten Anstieg, aus dieser nicht erwarteten Verdreifachung eindeutig ablesbar, dass es zu einem durchaus nennenswerten Anstieg auch der Fahrgäste gekommen ist. Selbst dann, wenn man nicht die statistischen Werte zugrunde legt, die jetzt möglicherweise wieder einmal korrigiert werden sollten, weil natürlich der Fokus viel stärker auf die Jahreskarte ist und wir wieder untersuchen sollten, ob pro Jahreskarte ebenso viele Fahrten gemacht werden, wie bisher angenommen. Jedenfalls ist aus dieser Ziffer, aus dieser Verdreifachung der hohe Anstieg wirklich ablesbar. Wir haben insgesamt auch schon eine Prognose für das Jahr 2015 und die Holding rechnet derzeit, dass wir über 30.000 Jahreskarten verkaufen werden, das heißt, dass es noch stärker ist als eine Verdreifachung. Das hilft uns in jeder Hinsicht, das hilft uns auch budgetär, weil wir einfach mit nicht einem so durchschlagenden Erfolg gerechnet haben. Es ist sicherlich ein sehr schönes Ergebnis, ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass ja immer auch die Frage genannt wurde, was ist denn, wenn diese Jahreskarte einschlägt, dann brauchen wir auch Angebotserweiterungen. Wir haben ja gerade heute ein Stück von der Verkehrsplanung auf der Tagesordnung, schon nach der neuen Variante gerechnet sieben Millionen Euro, die im Wesentlichen zur Taktverdichtung beiträgt, zur Fahrplangenaueigkeit in der Früh, das heißt, es wurde hier vom Verkehrsressort gemeinsam mit dem Finanzressort durchaus reagiert, dass diese zusätzlichen Fahrgäste auch aufgenommen werden können. Insgesamt nochmals zusammengefasst ein Super-

Erfolg für Graz, für die Grazerinnen und Grazer, und wir werden natürlich auch weiterhin uns sehr bemühen, auf diese zusätzliche Nachfrage zu reagieren (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Ich freue mich, danke, Gerhard Rüschi, für die Detailunterlagen, wenn du sie mir überlassen und übergeben könntest, das wäre sehr toll. Ich teile die Einschätzung, dass das eine Erfolgsgeschichte ist und ich teile natürlich auch das Faktum, dass man dringend Taktverdichtungen, Fahrplanstabilisierungsmaßnahmen etc. brauchen, dass wir aber wahrscheinlich auch sehr bald einen Linienausbau brauchen werden, aber das ist nur einmal so eine Detailfrage. Es ist auch klar, dass es natürlich Rückgänge in gewissen anderen Segmenten, Halbjahres-, Monats- auch Wochenkarten geben muss auf Basis dessen. Was im Grund interessant ist, ist die Tatsache, woher wandern die zusätzlichen Fahrgäste, sind die Aspekte, die Gründe dafür, dass man sagt, ich lasse das Auto stehen, sind es der Grund, dass ich sage, ich lasse das Fahrrad stehen oder Kombination aus dem allen und als Drittes natürlich auch das Preis-Momentum und da stelle ich meine Zusatzfrage: Ist geplant, hierzu eine entsprechende Erhebung, qualitative Umfrage oder Ähnliches zu machen, um auch das in Erfahrung zu bringen (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Es ist von Anfang geplant gewesen, dass es eine Bewertung in der Rückschau geben wird, die wird sinnvollerweise im Frühjahr irgendwann stattfinden, also wenn ein gesamtes Jahresergebnis vorliegt. Irgendwelche Vorinformationen kann ich auch nur spekulieren. Es wird wahrscheinlich eine Mischung von allem sein, wir wissen ja aus den Modal-Split-Daten insgesamt, dass der Radverkehr jedenfalls steigt, dass der Fußgängerverkehr zurückgeht leider, also ich denke schon, dass da möglicherweise sich viele die Mobilität jetzt eben eher mit den Holding Linien leisten und wir haben eher stagnierend bis leicht steigenden

motorisierten Individualverkehr. Klar ist aber auf der anderen Seite, dass es halt eben wirklich ein Anreiz ist, um das öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und damit wahrscheinlich eben auch auf alle genannten Bereiche eine Auswirkung hat. Mir ist nur wichtig, was zu nennen, was wir auch erst im Nachhinein erheben können. Das ist die Frage, wieviel Personen wegen der Jahreskarte ihren Hauptwohnsitz nach Graz verlegt haben, da erhoffen wir uns ja auch einen positiven Impuls. Das können wir erst im Nachhinein feststellen und das wird sich dann auch erst im Jahr 2017 auswirken, weil die Finanzausgleichsregelungen eben so sind, dass wir da immer einen Nachhang haben von zwei Jahren.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

4) Amtsmissbrauch

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Anklageschrift aus dem August der Wirtschaftskorruptionsstaatsanwaltschaft betreffend den zurzeit noch flüchtigen ehemaligen Stadtplanungschef [REDACTED] beinhaltet ein Bündel an Vorwürfen. Die Anklageschrift führt unter anderem folgende Vorwürfe auf:

- Drehung eines negativen Amtssachverständigen-Gutachtens zu einem Bauprojekt
- Beschäftigung externer Planungsbüros für die Vorbereitung eines

Wettbewerbes – obwohl dann ein Beamter der Stadt Graz das binnen weniger Stunden erledigt hat

- Verwendung von internen Mitarbeitern für externe Arbeiten in ihrer Dienstzeit.

Die Anklage schloss aus dem Ganzen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass ■■■■■ das Verbrechen der Bestechlichkeit, einen Missbrauch der Amtsgewalt und Untreue begangen hat.

Einem zweiten Angeklagten – ebenfalls Ex-Spitzenbeamter der Stadt – wurde Bestechlichkeit vorgeworfen – dieser ist einem Verfahren aber durch Bezahlung eines Bußgeldes entgangen. Ich möchte jetzt aber auch dazu betonen, die Frage stelle ich nicht aus dem Grund, dass es jetzt aktuell einen Anlassfall oder eine Vermutung oder irgendwas in die Richtung gibt zurzeit, das möchte ich nur dazu betonen.

Ich stelle aber folgende

Frage:

Welche Maßnahmen wurden in der Stadtbaudirektion und dem Stadtplanungsamt getroffen, um zu verhindern, dass es in Zukunft zu einem vergleichbaren Vorfall kommen könnte?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Philip! Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön für die Frage, weil es mir wieder einmal Gelegenheit gibt, auch zu berichten, was denn von Seiten des Magistrates unternommen wird, um hier vorzubeugen. Zur Korruptionsprävention und -bekämpfung wurden seit 2010 unterschiedliche Maßnahmen im Magistrat begonnen und auch umgesetzt. Der

Verhaltenskodex der Stadt Graz wurde von einer Arbeitsgruppe auf Grundlage des Verhaltenskodex des Bundes erarbeitet. Er beschäftigt sich mit den Themen Geschenkkannahme, Nebenbeschäftigung, Befangenheit und Verschwiegenheit. Dabei spielt das Prinzip der Korruptions-Prävention die maßgebliche Rolle. Ausgehend von einem generellen Wertegerüst hinsichtlich Integrität, Transparenz, Objektivität und Fairness können Handlungsanleitungen abgeleitet werden, die nicht nur der Korruptionsprävention, sondern auch der Stärkung der Identität des öffentlichen Dienstes und den damit verbundenen Unternehmen sowie der Identifizierung mit diesen dienen können. Als weiteres Instrument der Prävention wurde von einer Arbeitsgruppe des Städtebundes unter Federführung der Stadt Graz das österreichweit verwendete interaktive E-Learning-Programm „eine Frage der Ethik“ entworfen. Eine der Grundlagen dieses Programmes ist der Verhaltenskodex. Das Lernprogramm steht auf der E-Learning-Plattform allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung. Kann sich jeder gerne anschauen. Seit 2011 werden im Magistrat innerhalb eines sehr umfangreichen Prozesses flächendeckend Risikomanagement- und interne Kontrollsysteme, sogenannte IKS, eingeführt. Ziel ist es, mit unterschiedlichsten Bedrohungen, wie Korruptionsdelikten, Fehlverhalten, Misswirtschaft, Vermögensschäden, Gefahren für Leib und Leben etc. gezielt umgehen und zu lernen und diese professionell auch zu managen.

Die Magistratsabteilungen bewerten seit der projektmäßigen Einführung nach einem standardisierten Verfahren die Risiken ihrer Fachbereiche auf Ebene der Prozesse. Auf Grundlage des Ergebnisses der Risikoanalyse der Abläufe werden durch die Fachabteilungen Maßnahmen zur Risikominimierung geplant und umgesetzt. Ein Teil dieser Maßnahmen sind interne Kontrollen im Rahmen eines formalisierten internen Kontrollsystems.

Bereits am 30. Oktober 2012 wurde das Projekt zur Risikomanagement- und IKS-Einführung im Stadtplanungsamt gestartet. Die Abteilungsleitung hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Dipl.-Ing. Inninger inne. Der Schwerpunkt des Projektes lag aufgrund der Vorfälle dabei sicherlich auf der Analyse der Korruptionsrisiken. Seither hat die

Abteilung die Aufgabe, wie jede andere Abteilung auch, die Risiken und internen Kontrollen einmal jährlich zu evaluieren und anzupassen.

Die Magistratsdirektion-Innenrevision etabliert derzeit ein System zur periodischen Prüfung der internen Kontrollsysteme der Abteilungen. Ziel ist es, dass Risikomanagement und IKS in den Abteilungen auch gelebt wird. Nachdem die jeweiligen Abteilungsleitungen gemäß Präsidialerlass 2 aus dem Jahr 2014 für die Aufrechterhaltung und wirksame Weiterführung des IKS und des Risikomanagements verantwortlich sind, sind die Prüfungen der Magistratsdirektion-Innenrevision so angelegt, dass in erster Linie überprüft wird, in welcher Form Abteilungsleitungen der internen Überprüfung der Wirksamkeit des IKS auch nachkommen. In zweiter Linie wird durch die Magistratsdirektion-Innenrevision stichprobenartig auch die Wirksamkeit der in der Abteilung durchgeführten Kontrollen überprüft. Abschließend ist allerdings festzuhalten, dass bewusst kriminelles Verhalten von Menschen auch durch die besten Präventionsmaßnahmen nicht verhindert werden können. Gerade die Umstände um den ehemaligen Abteilungsvorstand ■■■■, für den weiterhin die Unschuldsvermutung gilt, haben jedoch gezeigt, dass die sehr starke Sensibilisierung der MitarbeiterInnen Wirkung gezeigt hat. Letztendlich konnte er erst durch Hinweise der MitarbeiterInnen das nun strafrechtlich untersuchte Verhalten beendet werden. Du siehst also, dass der Herr Magistratsdirektor und die Damen und Herren im Kontrollbereich hier schon ganze Arbeit leisten.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 13.30 Uhr

5) Sozialmedizinische Gutachten Variobahn

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Frage betrifft wieder einmal die Variobahn. Die Holding Graz wurde auf Initiative von Herrn Bürgermeister Nagl bereits im Dezember 2013 beauftragt, ein Gutachten zur Klärung der Klagen von BewohnerInnen bezüglich der Gebäudeschwingungen durch den Betrieb der Variobahn erstellen zu lassen. Dieses Gutachten wurde mittlerweile von externen Gutachtern erstellt und eine Erstpräsentation darüber wurde der Bürgerinitiative für Freitag, den 27. November, in Aussicht gestellt. Da immer wieder auch Gemeinderäte und Gemeinderätinnen mit dieser Sache konfrontiert werden, wäre es sinnvoll, auch den Gemeinderat über den Inhalt des Gutachtens in Kenntnis zu setzen.

Daher stelle ich meine

F r a g e

an Sie: Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Gutachten bei einer der nächsten Verkehrsausschusssitzungen präsentiert wird (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke für die Frage. Das war natürlich auch ein Thema meiner heutigen Besprechung mit der Frau Vorstandsdirektorin Muhr. Das Schwierige, weil der Zeitraum so lange ist, wie du richtig sagst, war das, auf der einen Seite einen Gutachter zu finden, der den medizinischen, gesundheitlichen Teil übernimmt und auf der anderen Seite den technischen Gutachter und die beiden zusammenzuführen. Weil das eine geht nicht ohne das andere und dass das eine sehr komplexe Geschichte ist, glaube ich, liegt auf der Hand und ist eher einzigartig bei der Gutachtenerstellung. Daher, wurde mir zumindest so versichert, auch der lange Zeitraum. Selbstverständlich

sind wir bereit und auch die Holding, dass wir dieses Gutachten vorlegen. Dieser Termin am 27.11., der findet statt, das ist ganz klar und ich werde die Holding und die Techniker, die das dann auch dementsprechend erläutern, auch zum nächsten Verkehrsausschuss einladen, dass das dort präsentiert wird (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Herzlichen Dank. Es drängt sich mir noch die Zusatzfrage auf: Sind Sie auch bereit, mit der Frau Vorständin Mag.^a Muhr zu sprechen, um zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative die Möglichkeit zu bieten, vor Präsentation dieses Gutachtens bei der Holding Einsicht nehmen zu können bereits, dass sie sich auch vorbereiten möchten natürlich auf die Fragen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das eine sehr breit angelegte Sache ist und da werden sicher Fragen auftauchen, die unter Umständen im Nachhinein dann wieder diskutiert werden sehr breit und es wird auch die Möglichkeit nur dort wahrscheinlich sein eben für die Leute, mit den Gutachtern, also die Fragen an die Gutachter selber zu stellen (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Es wäre vermessen, wenn ich jetzt sagen kann, ob die Frau Kollegin Muhr da hier ihren Zeitplan danach richtet, was wir wollen, weil das ist auch etwas vermessen. Ich werde es ihr gerne ausrichten, aber ob sie das dann tut, einen Zwang werden wir nicht ausüben können. Aber ich werde es ihr gerne übermitteln.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

6) Sicherheit im Rathaus

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzter Herr Bürgermeister! In meiner Frage geht es um die Sicherheit im Rathaus. Es ist, glaube ich, unbestritten, dass das Projekt der Rathauswache ein Erfolgsprojekt ist. Allerdings, ob sie in diesen Zeiten noch ausreichend ist, sei einmal dahingestellt. Auch die Einführung der Rathauswache resultiert ja aus gewalttätigen Erlebnissen hier im Rathaus und auch im Amtshaus drüben und jetzt stehen wir vor einer anderen Situation. Es hat sich die gesellschaftspolitische Situation seither nicht zum Besseren verändert und jetzt gilt es, auch einmal darüber nachzudenken, ob der Status quo noch ausreichend ist. Ich würde sogar sagen, die gesellschaftspolitische Situation ist gefährlicher geworden. Fast alle öffentlichen Gebäude haben mittlerweile ihre Kontrollen erhöht, haben auch Schleusen eingezogen, beispielsweise in den politischen Institutionen, in den Landtagen, im Parlament, aber auch in öffentlichen Gebäuden wie Museen etc. kommt man nicht mehr hinein, ohne durch eine Schleuse durchgehen zu müssen. Interessant war heute diesbezüglich auch ein Artikel in der Kleinen Zeitung vom Historiker und Geheimdienstexperten Siegfried Beer, der hat gesagt, Graz ist keine Insel der Seligen. Auch in unserer Stad gibt es seinen Aussagen nach radikalisierte Zellen und „Einzel-Wölfe“, wie er sie nennt, die fähig sind, jederzeit auch Attentate zu verüben. Wir erleben in Bälde auch ein Gerichtsverfahren gegen Dschihadisten in Graz, wir erleben jetzt auch Demonstrationen gegen den IS-Terror in Frankreich und das sind seinen Aussagen zufolge auch ebenfalls Gründe, die dazu führen können, dass auch in Graz Attentate stattfinden. Er sagt auch noch, auch wenn Graz den IS nicht selbst bombardiert, zeigt sie dennoch, nämlich die Stadt Graz, zeigt sie dennoch Solidarität mit Anti-IS-Maßnahmen beispielsweise durch politische und auch bürgerliche Stellungnahmen. Er gibt uns diese Warnungen und ich bin überzeugt davon, dass wir

diese Warnungen nicht in den Wind schlagen sollten. Er sagt auch, und das möchte ich unterschreiben, wir brauchen keine Angst haben, weil Angst ist immer ein schlechter Berater, aber wir sollen darüber nachdenken und dort, wo es möglich ist, auch die sicherheitstechnischen Vorkehrungen zu erhöhen, das schadet mit Sicherheit nicht, zumal ja auch im Rathaus beispielsweise oder im Amtshaus viele, viele Menschen arbeiten.

Deshalb stelle ich an dich, Herr Bürgermeister, die

Frage:

Welche begleitenden Maßnahmen zur Sicherung des Rathauses vor gewalttätigen und radikalen Elementen – welcher politischen und religiösen Bewegung sie auch immer entstammen mögen – sind deinerseits angedacht (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Spätestens seit dem 20. Juni heurigen Jahres ist das Thema Sicherheit in Graz in allen Köpfen. Auch, wenn ich so sagen darf, ist es für mich selbstverständlich nicht nur eine Frage, wie sicher das Rathaus ist, sondern wir haben uns künftig und auch aufgrund der Ereignisse von Paris und anderswo auf der Welt darauf vorzubereiten, dass das Thema Sicherheit in der Stadt einen viel größeren Stellenwert noch zu bekommen hat. Das beginnt bei allen öffentlichen Einrichtungen, bei unserer Infrastruktur bis hin zum öffentlichen Raum. Also ganz konkret haben wir hier auch in den nächsten Monaten und Wochen verstärkt Programme aufzustellen, damit die Stadt Graz sicher bleibt. Auch der heutige Artikel eines Experten, der dann zum Schluss auch meint, er will damit nicht Angst machen, der Gesamtartikel macht Angst und Sorge und die haben wir alle. Ich glaube, wie alle

Menschen auf diesem Erdball, weil es neue Bedrohungsszenarien gibt und auch eine Brutalität, die wir in diesen 70 Jahren seit 1945 in unserem Land Österreich, Gott sei Dank, nicht hatten. Aber, wie du schon gesagt hast, die Welt ändert sich im Moment massiv und wir werden uns in Summe mit Sicherheitsthemen für das gesamte Stadtgebiet und nicht nur für das Rathaus auseinandersetzen haben und neue Wege auch gehen müssen. Ganz konkret zur Frage in Richtung Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz. Wie in deiner Frage ausgeführt, wurde mit der Rathauswache bereits vor geraumer Zeit ein personell von dem stadt-eigenen GPS gestellter Sicherheitsdienst zusätzlich für das Rathaus aufgestellt, der in weiterer Folge auch auf Amtshaus und Wohnungsamt ausgedehnt wurde. Damit ist es möglich, nicht nur den Personenzugang zu kontrollieren, sondern auch auf Entwicklungen schnell zu reagieren, wie zum Beispiel die Zahl der Rathauszugänge bei Demos etc. zu reduzieren oder auch ganz zu schließen.

Ergänzt wird dieser Dienst durch zahlreiche weitere Maßnahmen, die wichtigsten vielleicht jetzt kurz angeführt: Intensive Kontaktpflege mit Stadtpolizeikommando und Verfassungsschutz. Hier besteht ein regelmäßiger Kontakt, womit sichergestellt ist, über etwaig zu befürchtende Aktionen frühzeitig informiert zu sein, aber auch die Sicherheitsdienststellen über in den Amtsgebäuden getätigten Beobachtungen in Kenntnis zu setzen.

Zweitens, allein im Rathaus gibt es zehn fertig ausgebildete Sicherheitsansprechpersonen. Diese erhalten im Rahmen ihrer Ausbildung auch eine polizeiliche Einweisung, die sich auch mit den Problemfeldern Terror und Amoklauf beschäftigt, sodass auch hier eine hohe Sensibilität gegeben ist. Zusätzlich sorgen diese Personen im Anlassfall auch für schnelle Evakuierungen. Drittens die Verstärkung der Rathauswache bei Gemeinderatssitzungen durch eine Gemeinderatswache sowie bei Bedarf durch Angehörige der Ordnungswache. Nächster Punkt, Schulung von Bediensteten in exponierten Dienststellen über das richtige Beurteilen und Verhalten in gefährlichen Situationen. Wenn es auch keine hundertprozentige Sicherheit geben kann, so sind doch all jene Maßnahmen gesetzt worden, die ein frühzeitiges Erkennen

von Bedrohungssituationen ermöglichen. All diese Maßnahmen sind selbstverständlich mit der Polizei abgestimmt, die im Zweifelsfall sofort hinzugezogen wird. All dies ermöglicht ein hohes Maß an Sicherheit unter gleichzeitiger Sicherstellung des Zugangs der BürgerInnen zu politischen Büros und Magistrats-Dienststellen im Rathaus. Aber wie gesagt, im Moment beschäftige ich mich gerade auch mit dem Magistratsdirektor, dass wir uns das noch einmal anschauen, wie wir vielleicht auch diese vielen Eingänge etc. besser überwachen können, aber man hat auch bei der hohen Polizei- und Militärpräsenz in Frankreich gesehen, dass ein solch wahnsinniges Vorgehen überall jederzeit möglich ist und dann wird wahrscheinlich auch eine Sicherheitswache allein im Rathaus nicht allzu viel bewirken können bei Sprengstoffanschlägen, Selbstmordattentätern und vielem mehr.

GR. Mag. **Sippel**: Es ist schön zu sehen, wenn es da auch Bemühungen auf verschiedenen Ebenen gibt, sprich wenn es Einsatzpläne gibt, wenn auch akkordierende einzelne Personen, die mit Sicherheitsfragen zu tun haben, vorhanden sind und wenn es auch ein Sicherheitsmanagement gibt. Die Frage oder die Zusatzfrage ist, ob es auch aus deiner Sicht und aus deiner Meinung heraus sinnvoll ist, auch mit technischen Barrieren, technischen Hilfsmitteln, Sicherheitsmitteln zu operieren? Beispielsweise Schleusen, Metalldetektoren, wie es beispielsweise im Landtag Steiermark der Fall ist, oder auch im Parlament oder in vielen Museen, wie vorher gesagt. Ob das Sinn macht und anzudenken ist neben einer allfälligen Personalerhöhung (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe einige Bürgerinnen und Bürger bei mir gehabt, die nach dem 20. Juni mich aufgefordert haben, ich möge im öffentlichen Raum mit mehr Bollern

und Absperrungen auch die Innenstadt sichern. Bis jetzt waren wir ja auch sehr, sehr stolz und froh darauf, dass wir in Graz auch als Menschenrechtsstadt ein offenes Rathaus gehabt haben im Gegensatz auch zu anderen Einrichtungen und die Bürgerinnen und Bürger mit Kontrollen etc. nicht belästigt wurden oder sie nicht stattgefunden haben. Ich möchte jetzt einmal sagen, man soll technische Hilfsmittel da niemals ausschließen, wir machen uns gerade Gedanken, wie wir die Situation verbessern können, das wird einige Zeit in Anspruch nehmen, weil ich eben nicht nur über das Rathaus und das Amtshaus nachdenken möchte, sondern wir haben von Schulen über Kindergärten, von Altenheimen über infrastrukturell wichtige Einrichtungen, von Wasserwerken etc., einfach einmal verstärkt nachzudenken, wie wir das angehen und ich werde diesbezüglich auch mit dem Herrn Magistratsdirektort demnächst alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Verantwortungsträger auch in der Holding dazu einladen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

7) Nutzung Schulsporthplatz VS Schönau

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an StR. **Hohensinner** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Der Bau der Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse ist fix beschlossen. Die Bauarbeiten werden 2016 im Frühjahr anfangen und sollen zirka eineinhalb Jahre dauern. Also bis Ende oder Herbst 2017. Ich habe selber sehr lange in dieser Gegend gewohnt und weiß, dass das eine sehr

kinderreiche Gegend ist, das heißt, in diesen eineinhalb Jahren werden die Kinder in dieser Gegend auf einen sehr beliebten Sportplatz verzichten müssen. Das ist der Sportplatz vor der Billa-Filiale. Dieser ist wirklich intensiv vor allem von den kleineren Kindern genutzt oder wird genutzt und deswegen stellt sich für mich eben die Frage, wo diese Kinder in diesen eineinhalb Jahren spielen werden können. Also man soll ihnen auf jeden Fall die Möglichkeit geben, weiterhin draußen zu spielen. Es gibt auch in der Gegend einen Sandplatz, der ist nicht weit weg, der wird aber bereits von etwas älteren Jugendlichen genutzt und ist einfach für diese Gegend als Platz viel zu klein für alle Kinder. Deswegen stellt sich für mich eben die Frage, da denke ich an die Volksschule Schönau, die auch in dieser Gegend ist, die einen sehr großen und schönen Schulhof hat, einen Schulsportplatz, und dieser würde sich eben sehr gut von der Lage her und von der Größe her eben als ein Ersatzsportplatz für diese Zeit anbieten.

Daher stelle ich an dich folgende

Frage:

Siehst du eine Möglichkeit, den Schulsportplatz der Volksschule Schönau während der Bauphase der Sporthalle in der Hüttenbrennergasse an Wochenenden sowie in den Ferien für die Kinder aus der Gegend zu öffnen (*Grüne*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Bedrana! Danke für deine wichtige Frage. Du sprichst ein Herzensprojekt von mir an und du hast es richtig gesagt, dass es ganz gut aussieht, dass dieses Stück heute auch durchgeht. Also den Beschluss haben wir bisher im Sportausschuss, aber du hast es angesprochen, es ist einstimmig durchgegangen. Ich möchte an dieser Stelle auch den Präsidenten der Sportunion, den Stefan Herker, hier auf der Galerie willkommen heißen (*allgemeiner*

Applaus) und kann nur sagen, du sprichst den Sportplatz an gegenüber der Billa-Filiale, das ist ein Sportplatz, der eigentlich so kein offizieller Sportplatz bisher war, und mit dem neuen Projekt haben wir den Vorteil, dass die Stadt Graz zu einem weiteren Bezirkssportplatz kommen wird, da gibt es auch einen Bürgerbeteiligungsprozess, also das wird ordentlich vorbereitet. Und zu deiner Frage, du hast gesagt, du hast einmal dort gewohnt, dir ist vielleicht entgangen, wir hatten diesen Schulsportplatz bereits für die Öffentlichkeit offen zugänglich gemacht, nur hat es Umbauarbeiten in dieser Schule gegeben. Für diese Zeit war er wieder geschlossen und wenn wir damit fertig sind, wird er selbstverständlich wieder geöffnet. Also ein klares Ja zu deiner Frage (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Mir ist schon aufgefallen die Bauarbeiten, aber die sind ja schon länger abgeschlossen, soviel ich weiß und ich weiß auch, dass letzten Sommer der Schulplatz nicht offen war, also dass das im letzten Sommer noch zu war. Und natürlich freut es mich, wenn er wieder offen für die Kinder gemacht wird und wie gesagt, ich stelle gerne Fragen an dich, wenn ich solche Antworten bekomme. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Also wir werden nachher zusammen einen Lokalaugenschein machen. Ist das ok?

8) Preisentwicklung Maturabälle

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Herr Stadtrat! Am 11.11. hat mit dem Fasching auch die Ballsaison begonnen. Für viele Maturaklassen werden die Bälle aber immer mehr zur Kostenfalle: Eine horrende Saalmiete und dazu noch zusätzliche Ausgaben für Band, Disco, Security, Feuerwehr, Rettung und Veranstaltungsmeldung.

In seiner Jänner-Sitzung dieses Jahres hat der Gemeinderat folgenden Dringlichkeitsantrag beschlossen:

Der Beteiligungsreferent der Stadt Graz, Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi, wird vom Gemeinderat ersucht zu prüfen, ob es möglich ist, die Veranstaltungsorte, die sich im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt Graz befinden, den Grazer Schulen für Maturabälle zu einem vergünstigten Tarif zur Verfügung zu stellen und ihnen Möglichkeiten zum eigenständigen Verkauf von Speisen und Getränken zu bieten. Dem Gemeinderat ist rechtzeitig vor der nächsten Ballsaison, spätestens aber im September 2015, ein Bericht vorzulegen.

Dazu stelle ich an dich, lieber Gerhard, folgende

Frage:

Was wurde unternommen, um für Schülerinnen und Schüler und Eltern bezüglich dieser aktuellen Ballsaison Erleichterungen zu erreichen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Gemeinderat, Andreas! Zunächst einmal der Bericht vom Jänner ist tatsächlich in offizieller Form nicht gekommen, bitte ich um Entschuldigung, kann mich aber erinnern, dass in der Zwischenzeit wieder einmal eine Frage an mich gestellt wurde zu diesem Thema und meine Antwort jedenfalls fällt nicht anders aus

als auch in der Vergangenheit. Ich möchte vielleicht zunächst einmal etwas klarstellen. Ich glaube, es wäre sehr widersinnig, wenn wir unseren Geschäftsführern in der Messe, vor allem, in diesem Zusammenhang geht es vor allem um die Messe, weil wir mit dem Geschäftsführer eine Finanzplanung vereinbaren, die eine Herausforderung an diesen Geschäftsführer stellt und dann einige Wochen später gehe ich als Finanz- und Beteiligungsstadtrat zu diesem Geschäftsführer und sage, da musst aber nachgeben. Das hat, glaube ich, keinen Sinn und ich glaube, das widerspricht auch eindeutig unseren Steuerungsrichtlinien. Wenn die Auffassung bestehen sollte, dass diese Preise zu hoch sind und dass sie niedriger sein sollen, dann müssen, glaube ich, die angesprochenen Fachabteilungen subventionieren. Das ist aus meiner Sicht die geeignete Variante. Trotzdem habe ich mich sehr bemüht, mit dem Armin Egger da ins Gespräch zu kommen und ihn gebeten, er möge tun, was er tun kann und ich darf seine Antwort vorlesen, er hat anders reagiert, er hat nicht mit Preisreduzierung reagiert, sondern hat damit reagiert, dass er ein Leistungspaket kostenlos anbietet und das darf ich kurz vorstellen, das ist übrigens auch schon in der letzten Saison angeboten worden. Und zwar, wie gesagt, seit zwei Jahren insgesamt ist es kostenlos und beinhaltet Folgendes: Es ist die Bereitstellung des gesamten Ticket-Kontingentes mit der Möglichkeit, die Tickets mit dem Ballsujet zu branden beziehungsweise auch einen Online-Verkauf einzurichten. Das heißt, wir verhelfen den Jugendlichen zu einem Profisystem, mit dem sie in den Verkauf gehen können. Zurverfügungstellung von sogenannten Coaching-Einheiten, in denen die Schüler über die Organisation eines Balles beraten werden, organisatorische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Betrachtung, Behördenwege, Abgaben usw. Damit gibt die Messe den Schülern eine enorme Sicherheit in der Organisation und Durchführung mit. Drittens, die Produktion des Magazins „Ball-Room“ durch eine eigene Redaktion direkt am Ball. In der Woche nach dem Ball bekommt die Klasse 1.000 Stück dieses Magazins in die Schule geliefert und das Letzte war die Bereitstellung einer Foto-Box, mit der die Ballbesucher Erinnerungsfotos am Ball machen können. Zu den konkreten Fragen bezüglich Gastronomie ist die Regelung, glaube ich, immer eine ähnliche. Und zwar die

Gastronomie wird von den einzelnen Stätten als Paket vergeben, verbunden aber eben auch erstens einmal, um damit professionelle Caterer zu haben für alle Veranstaltungen und zum zweiten aber auch geht man damit natürlich eine Monopolstellung für den Caterer ein. Das heißt, der Caterer verlangt dafür dann, dass er selbstverständlich bei allen Veranstaltungen seine Leistungen anbieten kann. Das ist die Reaktion, die von Seiten der Messe gekommen ist. Wie gesagt bezüglich einer Subventionierung, denke ich, bin ich nicht der richtige Ansprechpartner.

GR. Mag. **Fabisch**: Grundsätzlich möchte ich schon in Erinnerung rufen, dass es da einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gegeben hat und an und für sich ich schon der Meinung bin, dass dieses Angebot, das du jetzt vorgelesen hast, sicher auch sehr interessant ist für die jungen Maturantinnen und Maturanten. Allerdings von einer wirklichen Preisreduktion haben sie noch nichts bemerken können. Du weißt, dass ich ein großer Fan von dir bin, bin ich überzeugt, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und meine großen Hoffnungen in der nächsten, in der kommenden und in den darauf folgenden Ballsaisonen liegt und vielleicht sind doch noch Gespräche möglich, um wenigstens geringe Erleichterungen, was die Mieten betrifft, zu erreichen und vor allem auch, dass die Jugendlichen die Möglichkeit haben, auch ein eigenes Catering anzubieten (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bleibe bei meiner Aussage und möchte es noch einmal ganz klar hier deponieren. Es ist, glaube ich, völlig widersinnig, dass wir mit unseren Gesellschaften mittelfristig Finanzpläne machen und dann auf der anderen Seite gleichzeitig zu fordern, dass irgendwelche Preise reduziert werden sollen. Du hast ja gesagt, es geht um Subventionierungen. Aufgabe der Subventionierung ist es oder

diese Aufgabe, denke ich, ist eine Aufgabe der Fachabteilung, könnte zum Beispiel von der Kulturabteilung, nachdem der Dr. Grabensberger gerade zur Türe hereinkommt, könnte durchaus Bildung sein, es gibt, denke ich, eine Reihe von Kandidaten. Das sind aus meiner Sicht die richtigen Ansprechpartner. Bezüglich Catering habe ich das auch erwähnt, das ist leider nicht möglich. Ob ein letztes Wort gesprochen ist, da bin ich immer der Meinung, dass das nicht ist, aber inhaltlich wird sich meine Position nicht ändern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor wir jetzt alle Ressorts durchgehen, darf ich anmerken, dass es neben der Zentral-Matura eine sehr besondere Individuelle Herausforderung für die angehenden Studierenden und Maturantinnen und Maturanten ist. Es ist und bleibt der Wunsch nach der öffentlichen Förderung auch von Festen, und ich kenne wenige oder ich kenne eigentlich gar keinen extremen Härtefall, wo es eine Maturaklasse nicht geschafft hat. Ob sich dann immer das Geld noch für Maturareisen etc. ausgeht, dazu bedarf es schon eines professionellen Managements und da versuchen wir zu unterstützen.

9) Projekt: Zentraler Speicherkanal

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste, sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Frage betrifft den geplanten zentralen Speicherkanal. Mir ist klar, dass der Kanalbau in die Zuständigkeit des Herrn Bürgermeisters fällt, aber mir geht es eben um die Umweltfrage. Ich möchte gleich vorwegschicken, dass wir nach wie vor selbstverständlich für den Bau von Wasserkraftwerken sind, dass der Ausbau

alternativer Energien extrem wichtig ist und unbestritten ist und auch wenn er vor der eigenen Haustüre stattfindet, kann man doch nicht dagegen sein.

Der Startschuss zum Bau des Wasserkraftwerkes steht offensichtlich kurz bevor. Im Zuge dessen wird jetzt eben auch der zentrale Speicherkanal ein Thema. Im Naturschutzbeirat war von einigen Fachleuten zu entnehmen, dass die Idee des Kanals veraltet sei, dass es Alternativen dazu gäbe, bei meinen Recherchen dazu habe ich nichts dazu gefunden. Der Bau eines so großen Projektes stellt natürlich einen großen Eingriff in die Umwelt der Stadt Graz dar. Deshalb würde ich es für sinnvoll erachten, das Thema in den Umweltausschuss zu bringen, Experten einzuladen, die die Mitglieder über den Kanal, aber eben auch über die immer wieder erwähnten Alternativen, informieren.

Deshalb meine

F r a g e

an Sie, Frau Stadträtin. Ist es Ihrerseits angedacht, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit dieses Thema an den zuständigen Ausschuss und an den Gemeinderat heranzutragen (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich habe vernommen, dass der Naturschutzbeirat das zwar gestreift hat das Thema, aber auf der nächsten Tagesordnung dieses Thema vertiefend behandeln will, wenn ich das richtig verstehe. Das heißt, es werden dort die Fachleute, die diese Vorschläge gemacht haben, einmal die Möglichkeit haben, das zu präsentieren. Ich schlage gerne vor, dass man es auch in den Umweltausschuss bringen, damit es aber nicht doppelt gemoppelt ist, würde ich

anbieten, dass man zuerst den Naturschutzbeirat einmal abwartet, schaut, ob dort noch Fragen offen bleiben, wenn Fragen noch offen bleiben, dann gerne als nächsten Schritt, und da würde ich dann auch darum bitten, dass Sie mir auch Namen nominieren, wo Sie sagen, das sind Fachleute, die Ihnen wichtig wären, beizuziehen, dass man dann auch im Umweltausschuss dieses Thema behandeln, kann ich gerne anbieten, weil diese ökologischen Fragen natürlich auch in meinen Zuständigkeitsbereich fallen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Das vom Naturschutzbeirat habe ich auch gehört. Ich nehme an, dass es da von der Holding wieder zu einer Vorstellung des zentralen Kanals kommen wird. Aber eben die immer wieder angesprochenen Alternativen, wo es nicht nur um ökologische Dinge geht, sondern die angeblich besser sein sollen, da wäre es eben wünschenswert, wenn man da im Umweltausschuss Informationen bekämen.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich bin nämlich vom Text ausgegangen und da haben Sie gesagt, dass dort im Naturschutzbeirat einige Fachleute gesagt hätten, sie hätten Alternativen und ich bin jetzt davon ausgegangen, dass das beim nächsten Mal näher beleuchtet werden soll. Wenn es nicht so ist, gerne. Also ich habe kein Problem damit, das in den Umweltausschuss zu holen, da würde ich bitten, dass Sie mir noch einmal nennen, welche Fachleute im Naturschutzbeirat gesagt haben, sie haben Alternativen und die laden wir dann gerne auch ein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte was anmerken, was den Naturschutzbeirat im Übrigen seit langer Zeit ordentlich aufstößt und zwar sauer aufstößt. Im Naturschutzbeirat wäre es einfach wieder einmal an der Zeit, dass ich daran erinnere, dass Stadtsenatsmitglieder, aber auch die Klubs und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aufgefordert sind, nach unserem Statut, das wir dafür gemacht haben, auch an den Sitzungen teilzunehmen. Meistens ist es so, dass ich mit ganz, ganz wenigen getreuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten dort allein sitze, aufgrund dieser Tatsache hat der letzte Naturschutzbeirat auch beschlossen, weil quasi niemand mehr sich die Zeit für unsere engagierten NGOs in diesem Bereich nimmt, über ihre Wünsche und Projekte nicht nur mehr zu beraten, sondern auch abzustimmen, weil das wurde damals auch bei den Statuten oder bei der Geschäftsordnung des Naturschutzbeirates so vorgesehen, sodass danach die Organe der Stadt sich damit zu beschäftigen haben. Wenn niemand kommt, kommen jetzt die Wünsche direkt an die Stadtsenatsmitglieder und wenn notwendig, auch direkt bis in das oberste Gremium, ob Stadtsenat oder Gemeinderat. Das ist seit der letzten Naturschutzbeiratssitzung von den NGOs so gewünscht worden. Und in der Frage des zentralen Speicherkanals muss da jetzt ein ganz grober Irrtum vorliegen. Der zentrale Speicherkanal, der nichts anderes tut, als unsere Fäkalien, und das sind zwischen 30.000 und 40.000 Personen, die das ganze Jahr ihre Fäkalien bei Stark-Regenfällen quasi direkt in die Mur hineinschwemmt, dieser Kanal soll gebaut werden, angeschlossen werden an das erste Teilstück, das schon bis Gössendorf reicht, das kostet sehr viel Geld, ist eine ökologische und eine Umweltmaßnahme, eine Naturschutzmaßnahme, wenn es darum geht, das Murgewässer von diesen Fäkalien zu befreien, weil man das Wasser quasi wie in einer Riesen-Röhre zwischenspeichert und über Gössendorf geklärt erst wieder an die Mur abgibt. Das Hauptproblem, das jetzt von Naturschutzorganisationen gesehen wird, und zwar nicht erst seit gestern, schon seit Beginn der Planungsarbeiten, ist, dass sehr viele Bäume gefällt werden müssen, weil eine solche große Kanal-Röhre, in der de facto ein Lkw fahren kann von der Dimension her, auch sehr viele Bäume kosten wird, die natürlich auch zu einem Großteil wieder aufgeforstet werden und da ist der Versuch, eine Alternative zu finden,

aber der Speicherkanal an sich kann umweltbedingt, wenn ich so sagen darf, nur Positives bewirken, aber die Baumdiskussion werden wir haben. Und ich darf einladen, gleich in den nächsten Naturschutzbeirat zu kommen, da wird das Projekt dann von Seiten der Holding vorgestellt werden und dann werden wir auf diese Thematik mit den Bäumen einzugehen haben.

10) Wiederherstellung und Erhaltung von Vorgärten in Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ich bemühe mich, schnell zu sein, es geht in meiner Frage um die Wiederherstellung und den Erhalt von Vorgärten. Wir sind da auch gleich wieder beim Naturschutzbeirat, weil da wurde uns in der letzten Sitzung die Rechtslage rund um die Grazer Vorgärten erläutert. Es gibt ja auch ein Projekt vom Herrn Bürgermeister, wo es um eine freiwillige Rückführung, die auch gefördert ist mit 100 Euro pro Quadratmeter für die Entsiegelung und Wiederherstellung der Vorgärten gefördert wird, die leider auf wenig Interesse stößt. Das heißt, ich glaube, es gibt noch kein einziges Ansuchen um eine Förderung. Ich denke mir, dass das mit der Förderung und dem Zugehen auf die Menschen sehr gut ist, es wird aber auch wichtig sein, dass man juristische Möglichkeiten ausschöpft, auch anhand der Beispiele der letzten Jahre und Wochen, wo wir gesehen haben, dass das, was im Stadtentwicklungskonzept festgehalten ist, unter anderem Fernhalten des ruhenden motorisierten Verkehrs von der Oberfläche, Erhalt und Fortführung der bestehenden Vorgartenzonen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) und Förderung der Entsiegelung und Wiederbepflanzung der Vorgärten, dass das leider von vielen Menschen in Graz nicht

erst genommen wird. Es ist auch der Grund für meine Frage, die ich an dich, liebe Elke, stelle, nämlich:

Welche rechtlichen Maßnahmen bist du bereit auszuschöpfen, um den Erhalt und die Wiederherstellung von Grazer Vorgärten sicher zu stellen (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Liebe Andrea! Ich weiß, dass das im Naturschutzbeirat wahrscheinlich die Kolleginnen von der Baubehörde beantwortet haben, ich muss es aber da natürlich noch einmal vom Rechtlichen her sagen, damit das nicht im Raum stehen bleibt. Selbstverständlich schöpft die Bau- und Anlagenbehörde alles und jedes Instrument aus rechtlich, was ihr möglich ist, um die Vorgärten zu schützen. Und zwar ist es ja so, dass im Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 vom Gesetzgeber das ja explizit normiert ist. Aufgrund dieser Bestimmung sind alle baulichen Maßnahmen, die in Vorgärten vorgenommen werden, vor ihrer Durchführung eben nach diesem GAG bewilligungspflichtig beziehungsweise sind widerrechtlich durchgeführte Maßnahmen rückzuführen und der ursprüngliche Zustand wieder herzustellen. Diese Bestimmung gilt nur für Maßnahmen, die seit Inkrafttreten dieses Grazer Altstadterhaltungsgesetzes durchgeführt wurden, da vor Erlassung des Gesetzes diese Maßnahmen leider bewilligungsfrei waren. Das heißt, die Behörde kann nur dann eingreifen, wenn nachgewiesen wird, dass nach Inkrafttreten des GAG bauliche Maßnahmen ohne entsprechende Bewilligungen erfolgt sind. Bei der letzten Novelle des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, wie du weißt, ist ja von der Bau- und Anlagenbehörde der Wunsch und das Ersuchen ergangen, wonach auch das bloße Abstellen von Pkws, was ja immer wieder ein Problem ist, untersagt werden soll. Damals war es so, dass unmittelbar danach, konkreter Anlassfall war ja unter anderem auch die Peinlichgasse/Ecke Parkstraße, ist es von der zweiten Instanz dann damals untersagt worden, aber bei der Novellierung ist dann trotzdem eben dieser Wunsch von der BAB durchgegangen und diese Anregung aufgenommen worden, wonach wir jetzt eine Handhabe haben, eben diese Pkw abzustellen, wirklich auch untersagt wird. Im konkreten Fall ist auch dieser Bescheid erlassen worden. Hinsichtlich des Falles Anzengrübbergasse, falls du auch den meinst, in Jakomini gibt es bereits ein Ansuchen

um Wiedererrichtung des Vorgartens mit Begrünung und Aufstellung einer Skulptur. Auch hier wird von der Behörde geprüft, ob diese Sanierung dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz entspricht und kann eine Wiederbegrünung des Vorgartens bewilligt werden. Ich glaube, ich muss nicht noch einmal betonen, dass die Behörde alles tut, damit der Schutz der Vorgärten eingehalten wird, was man aber auch ehrlicherweise sagen muss, dass es der Behörde nicht möglich ist, eine entsprechende Begrünung der Vorgärten oder Bepflanzungsmaßnahmen im Detail vorzuschreiben. Aber ich glaube, das habe ich dir schon einmal in einer Anfragebeantwortung gesagt. Das geht nicht, auch wenn es wünschenswert wäre, da kann man nur im direkten Gespräch mit Eigentümern immer wieder versuchen, Anreizsysteme, du hast es eh schon angesprochen, was die Initiative zum Beispiel, die vom Bürgermeister ausgeht, ist sicher dienlich hier (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Mich würde nämlich interessieren, was konkret passiert bei Zuwiderhandeln. Du hast selber schon genannt den Vorgarten, der lange diskutiert wurde an der Ecke Franckstraße/Peinlichgasse, dort wurde dann letztlich ein Tor montiert, das eben so groß ist, dass man auch mit Autos reinfahren kann. Es wurde ein Rollrasen ausgelegt und ich weiß, dass dort regelmäßig ein Auto geparkt wird und es sieht man auch an den Spuren von den Reifen und meine Zusatzfrage ist, also was passiert konkret, wenn die Bau- und Anlagenbehörde weiß, dass dort Autos abgestellt werden, obwohl, und das ist auch in der Parkstraße der Fall, obwohl das nicht erlaubt ist (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Das mit dem Pkw-Abstellplatz, das ist eben möglich gewesen. Durch diese Aufnahme in das Gesetz hat die Behörde auch ganz konkret was in der Hand, um einen

Bescheid zu erlassen und das zu untersagen. Und dieser Bescheid ist draußen und wenn er das nicht macht, dann hat er mit Konsequenzen und mit einer Strafe zu rechnen. Wie auch bei allen anderen Bescheiden, denen nicht sozusagen der Eigentümer dann nachkommt. Aber da gibt es gewisse Fristen, wenn er dem nicht nachkommt, dann gibt es als nächsten Schritt sozusagen auch die Konsequenz.